

Der Stimme der Bevölkerung mehr Gewicht geben

- Direkte Demokratie und demokratische Kultur -

I. Themen (Problemaufriss)

Die Demokratie in unserem Land steht einer Vielzahl von Herausforderungen gegenüber. Trotz blauem Himmel und Sonnenschein erreichte die Wahlbeteiligung bei der letzten Bundestagswahl im September 2009 einen historischen Tiefstand. Nur 70,8% der Deutschen gaben ihre Stimme ab. Nach einer Forsa-Umfrage aus dem Jahr 2010 sind 42% der Befragten in Westdeutschland und 51 % der Befragten in Ostdeutschland eher unzufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie, weitere 10% (West) bzw. 14% (Ost) sind sogar sehr unzufrieden.

Der wichtigste Grund hierfür dürften Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Politik sein: 83% der Befragten haben in einer Dimap – Nichtwähler-Studie aus 2009 angegeben, dass es sie zur Wahl motivieren könnte „wenn Politiker die Wahrheit sagen“. Auch in einer Studie der Forschungsgruppe Wahlen im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung nannten 71% der Befragten Glaubwürdigkeit als wichtigste Eigenschaft von Politikerinnen und Politikern. Der zweit wichtigste Faktor scheint die Problemlösungskompetenz zu sein: „Überzeugende Lösungen“ könnten nach der Dimap-Studie 82% der Nichtwähler zur Wahl motivieren; nach der Bertelsmann-Studie steht der Sachverstand mit 53% an zweiter Stelle der wichtigsten Eigenschaften. Ein Drittel der in der Bertelsmann-Studie Befragten halten Bürgernähe für eine der wichtigsten Eigenschaften. Die Bürgerinnen und Bürger äußern zudem immer häufiger das Gefühl, dass es auf ihre Meinung in unserer Gesellschaft nicht mehr ankommt: Nach der Dimap-Studie würde es 57% der Befragten zur Wahl motivieren, wenn sie den Wahlausgang beeinflussen könnten.

Die Wahl des Bundespräsidenten Christian Wulff hat vielen Bürgerinnen und Bürger gezeigt, dass nicht der mehrheitlich vom Volk gewünschte Kandidat gewählt wird, sondern der parteilich favorisierte Kandidat gewinnt. Erfreulicherweise hat die öffentliche Diskussion dazu geführt, dass die Wahlfrauen und –männer nicht einfach dem Regierungsvorschlag gefolgt sind, sondern dass drei Wahlgänge bis zur Entscheidung erforderlich waren.

Unsere Demokratie lebt jedoch von der Einmischung und dem Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Elemente direkter Demokratie, wie Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide wären ein wichtiger Beitrag zur Festigung der Demokratie und zur Bekämpfung der herrschenden Demokratiemüdigkeit. Sie geben den Bürgerinnen und Bürgern auch zwischen den Wahlen die Möglichkeit, Politik aktiv mitzugestalten. Dadurch wird die politische Diskussion belebt. Entscheidungen, die in Verfahren der direkten Demokratie gefunden werden, werden von den davon Betroffenen häufig auch besser mitgetragen.

Parlamente sind die demokratisch legitimierte Vertretungen der Bevölkerung. Wesentliche Entscheidungen erfolgen jedoch durch die Regierung. Von ihr gehen auch die meisten Gesetzesinitiativen aus. Außerdem werden grundsätzliche Entscheidungen von der Regierung häufig in Kommissionen verfasst (z.B. Hartz-Gesetze, Gesundheitskommission), deren Ergebnisse kaum noch in Frage gestellt werden können. Soweit Gesetzesinitiativen aus dem Parlament kommen, stammen sie meist von der Opposition. Deren Initiativen werden in aller Regel auch dann von der Regierungskoalition abgelehnt, wenn sie inhaltlich geteilt werden.

Ein weiteres Problem ist der verdichtete Arbeitsrhythmus im politischen Alltag. Innerhalb kürzester Zeit wird z.B. über Milliardenpakete entschieden. Es bleibt nicht ausreichend Zeit, um die komplexen Zusammenhänge der einzelnen Themen ausreichend zu erfassen.

Auch wird die Meinungsbildung der ParlamentarierInnen durch InteressensvertreterInnen wesentlich beeinflusst. Dabei können finanzstarke Lobbygruppen einen größeren Einfluss ausüben als Gruppen, die auf Grund geringer finanzieller Mittel über wenig oder kein Personal für Stellungnahmen und Politikkontakte verfügen. Durch dieses Missverhältnis kann bei MitarbeiterInnen in Ministerien ein falsches Gefühl für eine Mehrheitsmeinung entstehen. Im Extremfall geht die Einflussnahme bis hin zu massiver Druckausübung (aktuelles Beispiel: die vier großen Energiekonzerne drohen mit Abschalten der AKWs, wenn die Brennelementesteuer kommt).

Abgeordnete sind bei knappen Ressourcen aber gleichzeitig auf den Sachverstand von Interessensvertretern, Ministerien und Kommissionen angewiesen, die dadurch natürlich auch Möglichkeiten zur Einflussnahme haben. Die Einbeziehung der öffentlichen Meinung kommt dabei häufig zu kurz.

Ein zusätzliches Problem sind verkrustete Strukturen in Ministerien und Verwaltungen, die mitunter ein Eigenleben entwickeln. Nicht alle Beschäftigten sehen sich als Dienstleister für die Bevölkerung und die demokratisch gewählte politische Mehrheit.

II. Vorschlag für die Bearbeitung des Themas

Entwicklung eines grünen Konzeptes für mehr direkte Demokratie und demokratische Kultur:

1. Bürgerinnen und Bürger

- *Direkte Demokratie* (geregelt Mitsprache- und Mitentscheidungsrechte für Bürgerinnen und Bürger durch Volksinitiative, Volksbegehren, und Volksentscheid unter Wahrung der Grund- und Minderheitenrechte, Berücksichtigung der Erfahrungen aus Staaten und Bundesländern, die bereits partizipative Elemente eingeführt haben, Ausweitung der Partizipation in Kommune, Kreis, Region, Land, Europäischer Union)
- *Der Stimme der Bevölkerung mehr Gewicht geben* (z. B. Online-Konsultationen zu Gesetzgebungsverfahren zusätzlich zu Verbändeanhörungen, mündliche „Bevölkerung anhörung“ (per Losverfahren), Bürgersprechstunde bei Abgeordneten und in Ministerien)

- *Mehr Einfluss für die WählerInnen* (Möglichkeit, die Reihenfolge der Liste zu ändern, z.B. durch mehrere Präferenzstimmen und/oder die Möglichkeit, eine begrenzte Zahl an Personen von der Liste zu streichen; evtl. Panaschieren; Reduzierung des Wahlalters auf 16 Jahre; Wahlrecht für Nicht-Deutsche, evtl. bessere Information der WählerInnen vor der Wahl (z.B. Selbstdarstellung der Parteien per Hauswurfsendung ähnlich wie bei Volksbegehren [ähnliches gibt es in den Niederlanden]).

2. Parlament

- *Sachorientierung statt Fraktionszwang* (Kontroversen transparent machen, wechselnde Zusammenarbeit verschiedener Fraktionen nach inhaltlichen Gemeinsamkeiten ermöglichen)
- *Stärkung des Parlaments* (z. B. mehr eigene Gesetzentwürfe, verpflichtende Beteiligung von Parlamentariern bei der Vorbereitung von Gesetzentwürfen und in entsprechenden Kommissionen)

3. Regierung

- *Neue Regierungskultur* (mehr Glaubwürdigkeit, u.a. durch realistische Wahlaussagen und eine ehrliche Kommunikation was erreicht wurde und was – aus welchen Gründen – nicht, Austausch zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, festgefahrene Strukturen umkrempeln, z. B. aussagekräftigere Beantwortung parlamentarischer Anfragen, Diversitykonzepte in Ministerien, ressortübergreifende Zusammenarbeit, befristete Beschäftigung von aus politischen Gründen eingestellten MitarbeiterInnen)

4. Verwaltung

- *Transparenz der Verwaltung* (z.B. durch eine bürgerfreundliche Ausgestaltung von Informationsfreiheitsgesetzen und v.a. auch eine bürgerfreundliche Handhabung in der Praxis)

- *Servicefreundlichkeit der Verwaltung* (z.B. weg vom obrigkeitlichen hin zum dienstleistungsorientierten Verwaltungshandeln, Diversitykonzepte, u.a. höherer Anteil an MigrantInnen in der Verwaltung)

5. Lobbygruppen

- *Einfluss von Lobbygruppen begrenzen* (z. B. Parteienfinanzierung neu regeln, Transparenz über Kontakte mit Lobbygruppen stärken, für Interessenausgleich in Kommissionen sorgen, Verhaltensregeln für Abgeordnete novellieren, keine Unternehmens- und Medienvertreter in Ministerien beschäftigen)

III. Bündnispartner

Grüne Gliederungen: solche, die Erfahrungen mit Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden gemacht haben, oder solche aus Ländern, in denen das Wahlalter auf 16 Jahre herabgesetzt wurde, etc.

Expertinnen und Experten: aus Wissenschaft und Forschung, PolitikwissenschaftlerInnen, die sich mit Parteienforschung, Direkter Demokratie, Lobbyismus, etc. befassen

Vereine und Organisationen: Mehr Demokratie e.V., Lobby Control, Transparency International, Bundeszentrale für politische Bildung, Heinrich Böll Stiftung, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), etc.

IV. Offene Fragen

a) Direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung

Wie können wir Bürgerinnen und Bürger wirksamer in den politischen Entscheidungsprozess einbeziehen? Welche Rahmenbedingungen und Voraussetzungen müssen wir schaffen, damit die Bürgerinnen und Bürger sich über alle gesellschaftlichen und sozialen Schichten hinweg an direkten Demokratieformen beteiligen?

b) Parlamente – Regierung – Lobbygruppen

Wie kann das Machtungleichgewicht zwischen Regierung und Parlament ausgeglichen werden? Wie werden die Abgeordneten in die Lage versetzt, Expertenwissen zu gewinnen und zu hinterfragen?

V. Ziel für die Bearbeitung des Themas innerhalb der AG

- Entwurf eines umfassenden grünen Konzeptes für mehr direkte Demokratie und demokratische Kultur als Vorlage für den Demokratiekongress 2011.
- Einarbeitung der Anregungen und Ergebnisse des Demokratiekongresses.
- Diskussion des entsprechend ergänzten Papiers in den Parteigremien.